

EU-Wahlen: Die vermeintlich gute Stimmung der WählerInnen

Frank Ey

Die Ausgangsvoraussetzungen für die EU-Wahlen im kommenden Mai könnten nicht besser sein: Die Stimmung der Bevölkerung gegenüber der EU ist so gut wie seit 25 Jahren nicht mehr und die Arbeitslosenrate ist mit 6,7% in der EU28 so niedrig wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen zur Arbeitslosigkeit in der EU28 im Jahr 2000.¹ Auch die Armut in der EU ist im Vergleich zu 2008 um mehr als 5 Millionen Menschen² zurückgegangen. Gleichzeitig dürften viele WählerInnen die zahlreichen Einschnitte in ihre Lebensstandards infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch nicht vergessen haben.

Zur Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse auf EU-Ebene

Die Zeit zwischen der EU-weiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 und der gegenwärtigen Hochkonjunktur war von zahlreichen Kürzungen und Wohlfahrtsverlusten (Frank Ey 2016) für die Bevölkerung in der Europäischen Union geprägt. Zahlreiche politische Fehlentscheidungen führten dazu, dass die Wirtschaftskrise auf der Eurozonen-Ebene wesentlich drastischer verlief als in den meisten anderen Wirtschaftsregionen (Heimberger 2016).

Doch welche politischen Gruppierungen haben dies zu verantworten, geben auf europäischer Ebene den Ton an? Wie haben sich die politischen Kräfteverhältnisse im Laufe der letzten Jahre geändert? Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind im Rahmen der EU-Gesetzgebung die wichtigsten AkteurInnen. Ein kurzer Überblick soll zeigen, welche politischen Kräfte vor und nach der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Europäischen Union in den drei EU-Institutionen das Sagen haben (Frank Ey 2017):

Auf Ebene der Europäischen Kommission fällt der Beginn der Krise in die Amtszeit von Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso. Zwischen 2004 und 2014 leitete er das Kommissarskollegium. Zusammengesetzt war es beinahe zu 80 Prozent aus VertreterInnen wirtschaftsnaher Parteien (elf von liberalen Parteien, zehn von den Volksparteien, ab 2010 neun liberal, zwölf von der Europäischen Volkspartei), die restlichen sechs Mitglieder der Kommission sind den Europäischen SozialdemokratInnen zuzuordnen. Wer aus dem politischen Gesichtspunkt den Ton hinsichtlich der Maßnahmen bei der Krisenbewältigung auf Kommissionsebene angab, ist damit klar ersichtlich. In der derzeit laufenden Gesetzgebungsperiode hat sich daran kaum etwas geändert. Lediglich die Dominanz der VertreterInnen der Europäischen Volkspartei wurde mit 15 KommissarInnen noch deutlicher, während nunmehr nur fünf Liberale als EU-Kommissare arbeiten. Die SozialdemokratInnen verfügen über acht KommissarInnen, befinden sich politisch gegen den starken Wirtschaftsfügel deutlich in der Minderheit.

Beim Rat zeigt eine Analyse zur politischen Zusammensetzung des höchsten Gremiums, nämlich der Staats- und Regierungschefs, wie sich die dortigen Kräfteverhältnisse seit der damaligen Wirtschaftskrise ab 2008 darstellen. Unter Berücksichtigung der Größe der jeweils vertretenen Mitgliedstaaten und der damit verbundenen Stimmgewichtung bei Abstimmungen im Rat gibt es eine deutliche Dominanz der Regierungschefs, die der Europäischen Volkspartei bzw. den Konservativen angehören. Ihr Stimmenanteil lag meisten bei rund 60 Prozent, manchmal sogar darüber. Der Anteil der sozialdemokratischen PremierministerInnen schwankt meist zwischen 20 und 30 Prozent, nur 2014 erhöhte sich dieser Wert kurzfristig auf fast 39 Prozent. Die Liberalen befinden sich in den Jahren nach 2008 meistens im niedrigen einstelligen Prozentbereich.

Eine veränderte Situation zeigt sich jedoch in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Rats: Diese ist nicht zuletzt den politischen Umwälzungen auf europäischer Ebene in jüngster Vergangenheit geschuldet: Die Wahl Macrons in Frankreich und sein spätes Bekenntnis zu den Europäischen Liberalen katapultiert die Bedeutung dieser Gruppierung im Rat in die Höhe auf einen Anteil von mehr als 20 Prozent. Sie liegen damit derzeit gleichauf wie die SozialdemokratInnen. Durch den Wahlsieg der MoVimento 5 Stelle und der Lega in Italien gibt es darüber hinaus erstmals einen rechtspopulistischen Regierungschef, der im Europäischen Rat vertreten und bei keiner traditionellen politischen Gruppierung organisiert ist. Zusammen mit Ungarns Premierminister Orban, Österreichs Bundeskanzler Kurz und Polens Premierminister Morawiecki (alle drei in den bürgerlichen Parteien organisiert), stellen Rechtspopulisten im Europäischen Rat nun eine bedeutende Kraft dar. An der Dominanz der Wirtschaftsparteien ändert sich indes kaum etwas: Bürgerliche und Liberale haben derzeit einen Stimmenanteil von mehr als 65 Prozent. Im Europäischen Parlament sind mehrere politische Fraktionen organisiert. Bei einer Gruppierung dieser politischen Kräfte in einen bürgerlich-liberalen Flügel, einen linken Flügel und einen rechtspopulistischen Flügel zeigen sich folgende Mehrheitsverhältnisse: In der Legislativperiode zwischen 2004 und 2009 hatte der aus der Europäischen Volkspartei, den Konservativen und den Liberalen bestehende bürgerlich-liberale Flügel mit fast 49 Prozent Stimmenanteil fast eine absolute Mehrheit. Der linke Flügel (Sozialdemokraten, Linke, Grüne) kam damals auf nicht ganz 39 Prozent, die Rechtspopulisten auf weniger als neun Prozent. Den Stimmenanteil konnten die bürgerlich-liberalen Kräfte in der Krise noch ausbauen und erreichten in der Periode 2009 bis 2014 fast 55 Prozent (linker Flügel 37 und Rechtspopulisten 4 Prozent). Die Dominanz des bürgerlich-liberalen Flügels ist auch in der laufenden Legislaturperiode gegeben, der derzeit auf rund 48 Prozent kommt. Der linke Flügel liegt bei 39 und der rechtsnationale Flügel bei fast elf Prozent (Frank Ey 2018). Wie sich das Europäische Parlament nun nach den EU-Wahlen 2019 zusammensetzen könnte, wird im zweiten Teil des Artikels näher beschrieben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass für das bürgerlich-liberale Lager absolute Mehrheiten in allen drei EU-Institutionen nichts Neues sind. Bereits in den Jahren von 1981 bis 1989 verfügte es im EU-Parlament, Kommission sowie im Rat Stimmenmehrheiten jenseits der 50 %. Der linke Flügel brachte es hingegen in den letzten 35 Jahren nie zu einer absoluten Mehrheit in allen drei EU-Institutionen gleichzeitig. Lediglich in den Jahren 1999–2004 hatten die linken Kräfte eine absolute Mehrheit in der EU-Kommission und im Rat während im EU-Parlament die wirtschaftsnahen Kräfte dominierten. Wer den Ton bei der EU-Rechtsetzung angibt, ist damit offensichtlich. Die bürgerlich-liberalen Gruppierungen konnten sich in den letzten vier Jahrzehnten mit ihrer wirtschafts-

fokussierten Politik fast durchgehend behaupten (Ey 2017). Der Überblick über die drei wichtigsten EU-Institutionen zeigt auch, dass sowohl vor, während als auch nach der größten Wirtschaftskrise der Europäischen Union durchgehend wirtschaftsnahe Parteien den Ton über die EU-Politik angegeben haben. Wie wird sich die bisher betriebene, stark wirtschaftslastige und auf Kosten gesellschaftspolitischer Anliegen gehenden Politik auf die anstehenden EU-Wahlen im Mai 2019 auswirken?

Welche Meinung haben die Menschen von der EU?

Die Stimmungslage der europäischen WählerInnen ist laut einer neuen Eurobarometer-Umfrage (Eurobarometer 90.1, Oktober 2018) anlässlich der bevorstehenden EU-Parlamentswahlen derzeit außerordentlich gut: 62 % halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für etwas Gutes – der höchste Wert seit 25 Jahren.

Die ÖsterreicherInnen stehen der EU-Mitgliedschaft jedoch einigermaßen ambivalent gegenüber. Relativ bescheidene 48 % der Befragten finden, dass die Mitgliedschaft Österreichs in der EU im Allgemeinen eine gute Sache sei. Dabei fällt die Stimmungslage deutlich positiver aus als noch vor zwei Jahren: Damals fanden nur 28 % der Befragten, dass die EU ein positives Image habe (Eurobarometer 86, Herbst 2016). Allerdings sind die 48 % im EU-Vergleich der fünftschlechtesten Wert unter den 28 Mitgliedsländern. Österreich liegt hier gleichauf wie Großbritannien, das schon bald nicht mehr EU-Mitglied sein wird. Am kritischsten eingestellt ist Italien mit 42 % und Tschechien mit 39 % Zustimmung. Die Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft etwas Schlechtes für das Land sei, vertraten zwar nur 16 % der österreichischen Interviewten. Aber auch bei dieser Frage ist Österreich im hintersten Drittel zu finden, nur bei fünf anderen EU-Ländern gibt es mehr Ablehnung. Die wichtigsten Gründe für die EU-Mitgliedschaft sind aus Sicht der in Österreich Befragten die Friedenssicherung und die Sicherheit auf EU-Ebene, gefolgt vom Beitrag der Mitgliedschaft für das Wirtschaftswachstum und der besseren Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten als Teil der EU.

Interessant sind die Umfrageergebnisse im Übrigen auch hinsichtlich der Demokratie auf EU-Ebene und in Österreich: 52 % der ÖsterreicherInnen sind mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert zufrieden und liegen damit etwas besser als der EU-Durchschnitt von 49 %. Ein außergewöhnliches Ergebnis bringt jedoch die gleiche Frage bezogen auf Österreich: Gleich 79 % der Befragten sind mit der Funktionsweise der Demokratie in Österreich zufrieden. Vor zwei Jahren lag dieser Wert bei nur 64 %.

EU-Wahlen und Wahlkampfthemen

Trotz aller Skepsis ist das Interesse an den EU-Parlamentswahlen groß (Eurobarometer 90.1, Informationsblatt zu Österreich, 2018). 57 % interessieren sich dafür, damit liegt Österreich im EU-Vergleich an der sechstvordersten Stelle. Zudem wissen beeindruckende 56 % der ÖsterreicherInnen bereits, wann die EU-Wahlen (nämlich am 26. Mai 2019) stattfinden werden und liegen damit weit besser als der EU-Schnitt von 41 %.

Welche Themen sind den in Österreich befragten Menschen für die EU-Wahlen wichtig? Laut Eurobarometer sind für die Befragten vor allem die Einwanderung (53 % der

Interviewten) und der Schutz der Außengrenzen (48 %) Top-Themen, die auf EU-Ebene behandelt werden sollen.

Die sozialpolitische Lage spielt für viele ÖsterreicherInnen jedoch ebenfalls eine maßgebliche Rolle: Unter den Top 5-Themen für den EP-Wahlkampf stehen laut Eurobarometer auch zwei Sozialthemen: Die „soziale Sicherung von EU-BürgerInnen“ (51 %) und die „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ (45 %). Wesentlich ist für die WählerInnen aber auch die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltschutz (45 %).

Politikbereiche, die ebenfalls abgefragt wurden, waren auch Wirtschaft und Wachstum, die künftige Arbeitsweise der EU-Ebene, der VerbraucherInnenschutz, der Kampf gegen den Terrorismus, die Förderung von Menschenrechten, der Schutz von persönlichen Daten sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die jedoch aus Sicht der interviewten Personen zurzeit nicht so vordringlich sind.

Angesichts der von der österreichischen Regierung forcierten Diskussion über die Subsidiarität³ interessant ist aber das Ergebnis der Befragung, welche Rolle das Europäische Parlament künftig spielen soll. Wollten noch im April 2018 mit 48 % fast die Hälfte, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt, so sind es im September nur mehr 38 %.

Bei den Werten, die das EP vordringlich verteidigen soll, werden insbesondere der Schutz der Menschenrechte, der Gleichheit zwischen Männern und Frauen, die Redefreiheit und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten geäußert. Auch das ist hinsichtlich des Wahlkampfes ein interessantes Ergebnis.

Die ersten EU-Wahlen ohne Großbritannien

Nach der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, der Europäischen Union den Rücken zu kehren, wird nun erstmals seit Einführung der Direktwahl durch die EU-BürgerInnen im Jahr 1979 die EU-Parlamentswahl ohne Großbritannien stattfinden.

Derzeit ist das Vereinigte Königreich noch mit 73 Abgeordneten im Hohen Haus auf EU-Ebene vertreten. Mit dem UK-Austritt wird sich die Anzahl der Sitze (derzeit 751) im Europäischen Parlament (EP) insgesamt verringern. Rat und EP verständigten sich jedoch darauf, dass ein Teil der freiwerdenden Sitze im Sinne des Grundsatzes der degressiven Proportionalität (Pressemitteilung 411/18 des Rats der Europäischen Union) anderen Mitgliedstaaten zugutekommt. Davon profitiert unter anderem Österreich, welches in der nächsten Legislaturperiode 19 statt bisher 18 EU-Abgeordnete stellen wird.

Der Wegfall der britischen EU-Abgeordneten wird sich auch überproportional auf einige EU-Parlamentsfraktionen auswirken. Vor allem die sozialdemokratischen, konservativen und rechtspopulistischen Gruppierungen werden das zu spüren bekommen, denn in jeder dieser Fraktionen stellen sie derzeit noch jeweils etwa 20 Mitglieder. Die Grünen werden sechs ihrer MitkämpferInnen verlieren. Die Liberalen und die Vereinten Linken sind hingegen so gut wie gar nicht vom Brexit betroffen, weil jeweils nur ein Mitglied aus dem UK kam.

Erste Prognosen zur EU-Wahl

Abgesehen vom ungewohnten Bild, dass künftig weniger statt wie bisher mehr EU-Mitgliedstaaten mit ihren Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP) vertreten sein werden: Wie wird sich das derzeit außerordentlich positive Stimmungsbild auf die EU-Parlamentswahl auswirken? Welche politischen Gruppierungen werden als Wahlsieger hervorgehen?

Zur Wahl stehen von einigen wenigen nationalen Splitterbewegungen abgesehen, im Wesentlichen Parteien, die einer der folgenden acht Fraktionen im EP angehören⁴:

- Die Europäische Volkspartei (EVP)
- Die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
- Die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D)
- Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
- Die Grünen/Freie Europäische Allianz (GRÜNE)
- Die Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
- Europa der Freiheit und der direkten Demokratie für Europa (EFDD)
- Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)

Viele dieser politischen Kräfte sind auch auf nationaler Ebene anzutreffen (Volkspartei, Sozialdemokraten, Liberale, Grüne). Bei den anderen Gruppierungen bedarf es zusätzlicher kurzer Erklärungen: Bei den Europäischen Konservativen und Reformer handelt es sich um eine Gruppe, die sich vor einigen Jahren von der Europäischen Volkspartei losgelöst hat und europaskeptisch agiert. Die britischen Tories und die polnische PiS sind beispielsweise in dieser Fraktion Mitglied. Den Vereinigten Europäischen Linken wiederum gehören Bewegungen an, die aus dem sozialistischen sowie dem kommunistischen Lager kommen. Die deutschen Linken und die griechische Syriza sind dort organisiert. Das Europäische Parlament beherbergt gleich zwei (rechts-)populistische Fraktionen: Zur Gruppe Europa der Freiheit und der Nationen (ENF) gehören unter anderem die Parteien FPÖ, die italienische Lega Nord sowie die niederländische Partij voor de Vrijheid von Gert Wilders. Die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) wiederum umfasst derzeit unter anderem die Movimento-5-Stelle aus Italien, die Alternative für Deutschland, die Patrioten aus Frankreich und die UK-Austrittspartei UKIP von Nigel Farage, die in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten sein wird.

Ausgehend von diesen acht Fraktionen zeigt eine Prognose der Nachrichtenplattform Politico⁵ zur EU-Parlamentswahl (Stand 28. November 2018) folgendes Bild:

Vor allem die SozialdemokratInnen und die Europäische Volkspartei dürften deutliche Stimmenverluste verzeichnen. Die sozialdemokratische Allianz verzeichnet einen Stimmenrückgang von 25,4 auf 20,7%, die Volkspartei von 29,4 auf 25,7% und die Europäischen Konservativen von 9,3 auf 7,0%. Leichte Stimmenverluste soll es auch für die Grünen geben, mit einem Rückgang von 0,7%-Punkten auf 6,0%. Die stärksten Stimmengewinne wiederum sind für die ENF, die EFDD und die Liberalen zu erwarten. Politico geht davon aus, dass die beiden rechtspopulistischen Fraktionen von 10,8 auf 15,2% Stimmenanteil anwachsen werden. Auch die Liberalen weisen demnach starke Zuwächse auf und kommen auf 12,8% (+ 3,9%-Punkte). Weiters kommen die Linken auf 8,1% (+1,2%-Punkte).

Vorhersagen für einzelne Mitgliedstaaten

Besonders im Fall von Frankreich und Italien kommen die Vorhersagen zu den EU-Wahlen für die traditionellen Parteien einem schweren Erdbeben gleich:

Von den 79 Sitzen, die für die französischen EU-Abgeordneten zur Verfügung stehen, sollen die VertreterInnen der Volkspartei laut der Prognose gerade einmal 13 Mandate erhalten. In der aktuellen Legislaturperiode halten sie bei 20. Für die SozialdemokratInnen (derzeit zwölf Sitze) sieht es noch schlechter aus: Sie sollen nur mehr sechs Mandate erhalten. Am stärksten dürften die beiden rechtspopulistischen Fraktionen ENF und EFDD mit zusammen 26 Mandaten abschneiden. Bei der Partei „En marche“ von Frankreichs Präsident Emanuel Macron ist mittlerweile die Katze aus dem Sack: Sie werden mit den Liberalen zusammenarbeiten und dürften laut der Prognose 18 Mandate erhalten. Die Linken sollen auf zehn und die Grünen auf sechs Sitze kommen.

In Italien sollen die populistischen Parteien Lega und MoVimento-5-Stelle laut Prognose sogar auf 52 der 76 Sitze kommen, das entspricht fast 70% der Stimmen. Die italienischen SozialdemokratInnen verlieren 15 Mandate und kommen demnach auf 16 Sitze, die Europäische Volkspartei könnte acht Sitze erhalten – um sieben weniger als bisher.

Hauptgewinner in Österreich dürften laut der Vorhersagen die beiden Regierungsparteien werden: Die ÖVP könnte 2 Abgeordnetensitze hinzugewinnen und würde dann auf sieben Mandate kommen. Für die FPÖ werden fünf statt vier Mandate vorhergesagt. Hauptverlierer sind die Grünen, die zwei ihrer drei Mandate einbüßen. Bei der SPÖ (fünf Abgeordnete) und den Liberalen (ein Vertreter) soll es keine Änderungen geben.

	1996		1999		2004		2009		2014	
	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate
SPÖ	29,15	6	31,71	7	33,33	7	23,7	4	24,09	5
ÖVP	29,65	7	30,67	7	32,7	6	30	6	26,98	5
FPÖ	27,53	6	23,4	5	6,31	1	12,7	2	19,72	4
LIF/Neos	4,26	1	9,29	2	-	-	-	-	8,14	1
GRÜNE	6,81	1	2,66	0	12,89	2	9,9	2	14,52	3
MARTIN					13,98	2	17,7	3	-	-

Tabelle 1: EU-Wahlergebnisse für Österreich 1996–2014. Quelle: Bundesministerium für Inneres, <https://www.bmi.gv.at/412/Europawahlen/>

Wer „regiert“ künftig auf EU-Ebene

Die derzeit im EP vertretenen acht Fraktionen verfolgen unterschiedliche politische Zielrichtungen. Entsprechend schwer ist es auch festzustellen, welche politischen Philosophien sich durchsetzen. Eine Kategorisierung in drei Hauptgruppen soll einen besseren Überblick verschaffen: Die erste Gruppe setzt seinen Fokus auf wirtschaftspolitische Themen. Darunter fallen folgende bürgerlich-liberalen Parteien: Europäische Volkspartei, die Liberalen, und die Europäischen Konservativen. Die zweite Gruppe verfolgt sozial- und beschäftigungspolitische sowie zivilgesellschaftliche Ziele wie beispielsweise eine fortschrittliche Umweltpolitik: Die Europäischen SozialdemokratInnen, die Grünen und die

Linken sind darin zusammengefasst. Die dritte Gruppe betrifft den populistischen und nationalistischen Flügel. Die bereits weiter oben genannten Fraktionen ENF und EFDD sind dort anzusiedeln. Die Ziele der VertreterInnen dieses Flügels sind nicht einheitlich fest zu machen und reichen von einer allgemeinen Ablehnung der EU oder der Eurozone über eine neoliberale wirtschaftsfreundliche Politik bis hin zu sozialpolitischen Forderungen (Becker, 2018).

Mit der Einteilung in diese drei Gruppen, erscheint die Prognose in einem noch deutlicheren Licht: Der bürgerlich-liberale Block verzeichnet lediglich moderate Verluste, liegt bei rund 45,4 % der Stimmen (minus 2,3 %-Punkte). Der linke Flügel hingegen verzeichnet einen deutlichen Einbruch mit minus 4,3 %-Punkten auf 34,8 %. Das große GewinnerInnen sind laut der Schätzung hingegen die rechtspopulistischen Fraktionen, die ihren Stimmenanteil von 10,9 % auf rund 15,2 % ausbauen könnten.

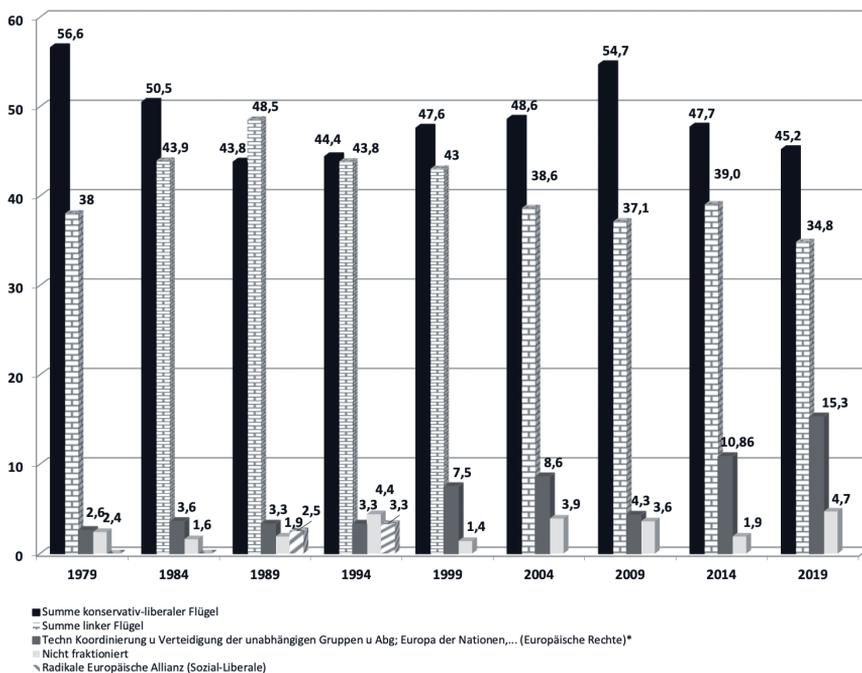


Abbildung 1: Europäisches Parlament (Wahlergebnisse 1979–2014), Politico (Prognose 2019), eigene Berechnungen

Das Ergebnis hängt von vielen Faktoren ab

Freilich handelt es sich nur um erste Prognosen. In vielen Mitgliedstaaten steht noch nicht fest, welche Parteien bzw. welche Personen antreten. Unklar ist zudem, wie sich die politische Stimmung in den nächsten Monaten entwickeln wird. Einzelne EU-Abgeordnete, die derzeit noch als nicht-fraktioniert geführt werden, könnten sich einer der acht Fraktionen anschließen. Eine Tendenz hin zu rechtspopulistischen Gruppierungen ist aber deutlich zu erkennen.

Ein wichtiger Faktor bei den EU-Wahlen wird auch die Wahlbeteiligung sein. Sie ist seit Einführung der Direktwahl der EU-Abgeordneten durch die Bevölkerung 1979 kontinuierlich gesunken⁶: Von 62 % 1979 auf 49,5 % 1999 und 42,6 % 2014. Ob dieser Trend erstmals seit 40 Jahren durchbrochen werden kann und es zu einer steigenden Wahlbeteiligung kommt, wird sich erst nach den EU-Parlamentswahlen am 26. Mai 2019 zeigen. Nicht viel anders als im EU-Trend sieht die Wahlbeteiligung zum EU-Parlament in Österreich aus: Sie ist von 49,4% im Jahr 1999 auf ein Rekordtief von 42,4 % im Jahr 2004 gesunken und hat sich danach leicht auf zuletzt 45,4 % im Jahr 2014 erholt.

EU-weit standen 2014 Belgien (89,6%) und Luxemburg (85,6%) bei der Beteiligung an den EU-Parlamentswahlen an der Spitze. Danach folgt mit Malta ein relativ junges EU-Mitgliedsland mit einer Wahlbeteiligung von 74,8%. Ansonsten zeichnet sich bei den „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten bei der Wahlbeteiligung 2014 ein dramatisches Bild ab. Die Slowakei ist das Schlusslicht mit einer Beteiligung von nur 13,1 %, Tschechien (18,2 %) und Polen (23,8 %) liegen nur wenig besser. Bei mehreren der neuen Mitgliedstaaten sind bei den EU-Parlamentswahlen aber starke Schwankungen bei der Wahlbeteiligung zu beobachten. Im Fall von Litauen lag die Beteiligung der Bevölkerung bei den EU-Wahlen 2004 bei 48,4% stürzte 2009 dann auf 21 % ab und stieg 2014 wiederum rasant auf 47,4% an.

Traditionelles Rechts-Links Schema ist überholt

Die lange Zeit übliche „Links-Rechts“-Kategorisierung bei Wahlen greift jedoch zunehmend zu kurz. Denn eine immer bedeutendere Rolle spielt der sogenannte autoritäre Populismus (Demirović 2018) beziehungsweise der Neo-Nationalismus (Becker/Mrozowicki/Neumann/Smet 2018). Diese politischen Philosophien werden nicht nur von einem bestimmten politischen Flügel verfolgt: Beispielsweise die polnische Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) ist im EP in der Fraktion der Europäischen Konservativen zu finden. Orbáns Partei Fidesz wiederum ist nach wie vor Teil der Europäischen Volkspartei. Beide Gruppierungen verfolgen ohne Zweifel eine Politik des autoritären Populismus.

Werden die VertreterInnen des autoritären Populismus aus den verschiedenen Fraktionen zusammengefasst, ergibt sich ein klareres Bild, welche bedeutende Rolle diese Art des Populismus mittlerweile spielt. Allein die PiS und die Fidesz vereinen nach der Prognose 40 EU-Abgeordnetensitze auf sich, was einem Anteil von rund 5,7% der Stimmen im EP entspricht. Die rechtspopulistischen Fraktionen ENF und EFDD kommen so mit der PiS und der Fidesz auf einen Stimmenanteil von mehr als 20,9%. Eine Größe, die im EU-politischen Alltag nicht zu unterschätzen ist.

Die Auswirkungen der veränderten politischen Kräfteverhältnisse auf Rat und Europäische Kommission

Der Forscher Andreas Johansson führt in einer Arbeit zum autoritären Populismus eine Reihe von EU-Ländern an, in denen das System des autoritären Rechts-Populismus durch Regierungsparteien vertreten ist (Johansson 2018). Darunter fallen Ungarn, Polen, Finn-

land, Lettland, Bulgarien, Slowakei und Österreich. Italien ist seit den dortigen Parlamentswahlen im März 2018 wohl auch zu dieser Gruppe zu zählen, der Artikel Johanssons erschien jedoch noch vor den Wahlen in Italien. Das einzige linkspopulistische Land ist aus Sicht Johanssons Griechenland.

Entsprechend der Liste an Ländern die Andreas Johansson anführt, ist der Einfluss der Regierungen mit autoritär-populistischem Hintergrund in den EU-Fachministerräten und dem Rat der Europäischen Union groß: In mehr als einem Drittel der Mitgliedstaaten sind autoritär-populistische VertreterInnen in den Regierungen vertreten.

Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Europäischen Kommission

Der Ausgang der Wahlen im EP wird zusammen mit den zunehmend nach rechts verschobenen Kräfteverhältnissen im Rat auch direkte Auswirkungen auf die Neubesetzung der Europäischen Kommission haben: Rat und EP entscheiden über den künftigen Kommissionspräsidenten als auch die EU-KommissarInnen. Mit dem immer stärkeren Gewicht autoritär-populistischer Gruppierungen dürften auch KommissarInnen mit entsprechendem politischen Hintergrund Eingang in das Kommissars-Kollegium finden.

Die Machtverschiebungen haben auch Bedeutung für andere europäische Institutionen. Zu nennen ist beispielsweise der Europäische Gerichtshof. Nach den erfolgten Neubesetzungen könnte es entscheidende Änderungen bei der Rechtsprechung geben. Zudem muss die Nachfolge des EZB-Präsidenten Mario Draghi bestimmt werden, dessen Amtszeit Ende 2019 ausläuft.

Gegenbewegungen auf europäischer Ebene

Die Verbreitung des autoritären Populismus bzw. des Neo-Nationalismus ist aber nicht nur ein europäisches Phänomen. In vielen Ländern hat diese Art des Populismus in den Staaten Einzug gehalten. Als Beispiel erwähnt sei die USA mit Donald Trump (Demirović 2018), Recep Erdogan in der Türkei oder Narendra Modi in Indien (Zürn 2018).

In der Praxis erweisen sich politische Gegenkonzepte auf EU-Ebene als sehr erfolgreich wie im Fall von Portugal. Die dortige Regierung (Schoepp 2018) hat sich gegen die von der EU und dem IWF auferlegten strikten Sparmaßnahmen als Gegenleistung für einen Kredit gewehrt und war erfolgreich damit. Gehalts- und Rentenkürzungen wurden zurückgenommen, der Mindestlohn erhöht und gestrichene Feiertage wiedereingeführt. Die Maßnahmen brachten mehr Wachstum, weniger Arbeitslosigkeit und mehr Zuversicht der Menschen. Zudem fassten die Anleihemärkte in der Folge wieder Vertrauen in Portugal.

Der britische Labour-Chef Jeremy Corbyn wiederum hat der Bevölkerung glaubwürdige Alternativen im Rahmen des britischen Wahlkampfes angeboten. Mit Themen wie der Ablehnung von New Labour, Sparhaushalten und Studiengebühren sowie der Forderung einer Verstaatlichung von Energie- und Transportunternehmen konnte der auch JungwählerInnen begeistern (Dausend 2017). Resultat waren ungeahnte Zugewinne bei den Unterhaus-Wahlen am 8. Juni 2017.

Die Beispiele aus Portugal und Großbritannien zeigen, dass die WählerInnen eine klare Gegenposition zur derzeit verfolgten neoliberalen Mainstream-Politik erwarten, wenn nicht ersehnen und eine entschlossene Haltung entsprechend belohnen. In Ländern wie Frankreich, den Niederlanden oder Italien hingegen ist der linke Flügel, insbesonde-

re die SozialdemokratInnen, bei den Wahlen auf nationaler Ebene für ihre allzu bereitwilligen Kompromisse an die neoliberale Politik abgestraft worden. Dort ist eine Gegenbewegung erst dann zu erwarten, wenn es zur Entwicklung eines Gegenpols zum neoklassischen Paradigma kommt, der dann in der politischen Debatte auch entschlossen verfolgt wird.

Anmerkungen

- 1) Eurostat Pressemitteilung vom 31. Oktober 2018, Arbeitslosenquote im Euroraum bei 8,1 %, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9350668/3-3102018-BP-DE.pdf/15ae8749-050c-4f08-9762-d0a795984659>, abgerufen am 23. November 2018
- 2) Eurostat, von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020_50&plugin=1, abgerufen am 23. November 2018
- 3) nur einige ausgesuchte Politikfelder sollen auf EU-Ebene behandelt, die anderen Bereiche jedoch wieder vermehrt auf nationaler Ebene entschieden werden
- 4) Vgl. Europäisches Parlament, <http://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/organisation-and-rules/organisation/political-groups>, abgerufen am 30.11.2018
- 5) Vgl. Politico, EU-Wahlen 2019, <https://www.politico.eu/2019-european-elections/>, abgerufen am 30. November 2018
- 6) Vgl. Europäisches Parlament, <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html>

Literaturverzeichnis

- Becker, Joachim/Kajta, Justyna/Mrozowicki, Adam/Neumann, László/Smet, Koen (2018): Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis, Working Paper Reihe der AK Wien Nr. 179, 52–54.
- Dausend, Peter (2017): So geht links..., Zeit Online, <https://www.zeit.de/2017/25/jeremy-corbyn-labour-chef-grossbritannien-erfolg>, 13. Juni 2017.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus. Strategie und politische Ökonomie rechter Politik, Prokla Bd. 48 Nr. 190, 30–34, 16. Mai 2018.
- Ey, Frank (2016): Europa an der Kippe, in: Arbeit & Wirtschaft Blog, <https://awblog.at/europa-an-der-kippe>, 30. Juni 2016.
- Ey, Frank (2017): Wer in Brüssel das Sagen hat – zu den politischen Kräfteverhältnissen auf EU-Ebene, in: Arbeit & Wirtschaft Blog, <https://awblog.at/wer-in-bruessel-das-sagen-hat-zu-den-politischen-kraefteverhaeltnissen-auf-eu-ebene/>, 29. Juni 2017.
- Ey, Frank (2018): EU-Parlamentswahlen 2019 – Erstarben des autoritären Populismus hat Auswirkungen auf alle EU-Institutionen, in: Infobrief EU & International.
- Eurobarometer 90.1 (2018): Taking up the Challenge – from (silent) support to actual vote, <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/eurobarometer/parlemeter-2018-taking-up-the-challenge>, October 2018.
- Heimberger, Philipp (2016): Warum die Volkswirtschaften der Eurozone den USA und Großbritannien seit der Finanzkrise hinterherhinken: Zur Rolle von Unterschieden in der Geld- und Fiskalpolitik, in: Forschungsbericht 5 des wiiw, Dezember 2016.
- Johansson Heinö, Andreas (2018): Timbro Authoritarian Populism Index 2017, <https://timbro.se/allmant/timbro-authoritarian-populism-index2017/>, 4. Jänner 2018.
- Lyons, Kate/Darroch, Gordon (2016): Frexit, Nexit or Oexit? Who will be next to leave the EU, The Guardian, <https://www.theguardian.com/politics/2016/jun/27/frexit-nexit-or-oexit-who-will-be-next-to-leave-the-eu>, 27. Juni 2016.
- Makalintal, Joshua (2018): Autoritäre Wende und Menschenrechtskrise auf den Philippinen, Heinrich Böll Stiftung.

- Mayer, Gregor und Mayer, Thomas (2018): Ungarn droht EU-Verfahren nach Artikel 7 wie in Polen, <https://ders-tandard.at/200087074844/Orbans-sieben-Minuten-in-Strassburg>, 11. September 2018.
- Murray, Shona (2016): Cameron Wins E.U. Reforms, But Will Britain Vote to Stay?, *Time*, <http://time.com/4231377/david-cameron-britain-eu-vote/> 20. Februar 2016.
- Schoepp, Sebastian (2018): Der letzte Sozi, in der Süddeutschen Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/politik/portugal-der-letzte-sozi-1.3986107>, 18. Mai 2018.
- Sottopietra, Doris (1998): Phänomen Rechtspopulismus, hg. von der Zukunfts- und Kulturwerkstätte, Wien, Juli 1998.
- Zürn, Michael (2018), Autoritärer Populismus vs. offene Gesellschaft – eine neue Konfliktlinie? Eine ökonomische, kulturelle und politische Analyse, in *böll.brief – Demokratie & Gesellschaft* #7, Oktober 2018.